

Strausberg, 26. November 2011

## **Brandenburgischer Pädagogen-Verband fordert „Erhalt der sechs Staatlichen Schulämter“ und lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab!**

Noch auf der Fachtagung der Konferenz der Schulräte des Landes Brandenburg (KSB) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 27. September 2011, versicherten Vertreter der Regierungskoalition, dass man in absehbarer Zeit nicht die Absicht habe, an den Strukturen der unteren Schulaufsicht etwas zu ändern. Man beteuerte, es werde keine „Monsterbehörde“ geben. Das ist nun alles Schall und Rauch – schon im Verlauf des nächsten Jahres sollen die Schulämter in ein Landesschulamts mit Außenstellen für die Schulaufsicht überführt werden.

- 1. Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Eine Veränderung der Struktur bringt nicht automatisch eine Verbesserung der Qualität mit sich. Die Arbeitsgruppe des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport stellte in ihrem Evaluationsbericht die Schulämter als eine eigenständige, funktionierende und kompetente Landesbehörde dar, die 172 Aufgaben wahrnimmt und erfüllt. Ohne eine sinnvolle inhaltliche und strukturelle Auseinandersetzung verkommt die Schaffung eines Landesschulamtes zum reinen Aktionismus.
- 2. Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Die Schulämter haben dafür gesorgt, dass der Großbetrieb

---

c/o dbb beamtenbund und tarifunion  
landesbund brandenburg  
Behlertstraße 28A  
14469 Potsdam

---

Telefon/Fax: 035451-90713  
mail: [staeker@bpv-vbe.de](mailto:staeker@bpv-vbe.de)  
Internet: <http://www.bpv-vbe.de>

---

Herr Hartmut Stäker  
V.i.S.P.

---

Frau Catharina Vater  
Vertreterin

---

Der VBE ist eine der beiden großen Lehrerorganisationen in Deutschland. Er vertritt ca. 140 000 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bundesländern.

---

Schule funktioniert. Probleme, die kritisch und ausführlich durch die Evaluationsgruppe des MBSJ aufgezeigt wurden, können nicht durch die Schaffung einer oberen Schulaufsicht gelöst werden.

3. **Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Neben der Arbeitsgruppe im MBSJ bestätigte auch der Vorsitzende der Bundeskonferenz Schulaufsicht, Jürgen Kebernik, dem Land Brandenburg eine zweistufige funktionierende Schulaufsicht, die sowohl in Relation zu den Beschäftigten als auch zur Größe des Bundeslandes optimal scheint. Fehler anderer Bundesländer, wie Niedersachsen und Hessen, die unnötig viel Geld kosten, darf und kann sich das Land Brandenburg nicht leisten..
4. **Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Diese führt nicht zu einer Verschlinkung der Behörde und damit auch nicht zum Effekt der großen Einsparungen. Der Sinn einer Landesbehörde *neben* dem MBSJ erschließt sich nicht, zumal die fachliche Schulaufsicht nach wie vor durch Außenstellen abgesichert werden soll. Hier werden eher Kosten für eine *zusätzliche* Behörde verursacht als abgebaut.
5. **Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Je größer eine Behörde ist, desto ineffektiver wird ihre Struktur, desto mehr Abstimmungsprobleme wird es geben und desto weniger operativ kann den Schulen vor Ort bei der Absicherung des Unterrichts geholfen werden. Auch die Aufgaben und Verantwortung der Schulleitung nehmen damit zu, ohne kompensiert oder gar honoriert zu werden.  
Problematisch wird die Erreichbarkeit dieser Behörde für Eltern und Schüler, sowie für Lehrkräfte. Wie will sie dann Ansprechpartner sein.
6. **Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Die Evaluation der Schulämter sollte ergebnisoffen und zielführend sein. Davon kann keine Rede sein, wenn eine *zweite* „Schattenarbeitsgruppe“, angesiedelt beim Innenministerium, zu einer konkreten Zielvorgabe „Schaffung eines Landesschulamtes“ kommt, ohne dies inhaltlich zu belegen. Es sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden, ohne dass der Nachweis einer Verbesserung erbracht wurde.
7. **Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte haben sich bisher und werden sich weiterhin durch Um- und Versetzungen verschlechtern.  
Dies gilt *ebenso* für die Beschäftigten in den staatlichen Schulämtern. Der BPV sieht hier die personalrechtliche Interessenvertretung im Schulbereich in Frage gestellt.
8. **Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Wer Veränderungsprozesse in Gang setzen und durchführen will, muss die Beschäftigten von Anfang an mit einbinden, um Defizite abzufedern bzw. zu verhindern. Wer so mit den Befürchtungen und Ängsten der Mitarbeiter umgeht, dem geht es wirklich nur um erhoffte Einsparungen um jeden Preis, egal, wie sinnvoll die Maßnahme ist.

- 9. Der BPV lehnt die Schaffung eines Landesschulamtes ab.** Schulen verstehen sich als lebendiger, sich ständig entwickelnder Teil von Städten und Gemeinden. Unterstützung und Beratung können die Schulen nicht von einer Behörde außerhalb bzw. weit weg von ihrer Lebenswelt erfahren.

Das Vorgehen der Landesregierung, die den Empfehlungen der Arbeitsgruppe beim Innenministerium folgt und die sechs staatlichen Schulämter in ein Landesschulamt überführen will, ohne Mitarbeiterbeteiligung, ohne Einbeziehung der Gewerkschaften und Verbände, ohne Einbeziehung des Evaluationsberichtes des MBS und ohne Transparenz, ist undemokratisch und skandalös.

**Der Brandenburgische Pädagogen-Verband fordert die Landesregierung nachdrücklich auf, auf die Umsetzung dieses Vorhabens zu verzichten!**